

# Die Bundesrepublik scheut das Risiko nicht!

## Nach der Bundestagsdebatte: Bereitschaft und ruhige Sicherheit

DT. Niemand in Mittelddeutschland wird dem Bundestag die Anerkennung versagen, daß er seine Debatte über die Große Anfrage zur Lage in der Sowjetzone mit Ernst, Sachlichkeit und gutem Willen geführt hat. Auch war die erfreuliche Tatsache zu verzeichnen, daß sich zwischen der Regierung und den Parteien in allen wirklich wesentlichen Fragen eine Übereinstimmung ergeben hat: in der Feststellung der Tatsache, in ihrer Beurteilung und auch in dem Willen, durch eine weit geöffnete Tür möglichst lebendige Beziehungen zwischen den Menschen der beiden Teile Deutschlands zu ermöglichen. Daß es in der guten Übereinstimmung auch Meinungsunterschiede gab, das ist nur natürlich. Wir können jedenfalls froh sein, wenn das Gemeinsame, das sich auf dem Gebiete der innerdeutschen Beziehungen ergab, zwischen der Bundesregierung und den Parteien auch in der Außenpolitik sichtbar werden würde. Das würde für die deutsche Wiedervereinigung einen außerordentlich großen Schritt vorwärts bedeuten.

Die ausführliche Antwort, die Bundesminister Kaiser als Sprecher der Regierung auf die Große Anfrage gab, brachte eine erschöpfende, aber bisweilen auch erschütternde Bestandaufnahme der sowjetzonalen Wirklichkeit. Punkt für Punkt ging Kaiser auf die gestellten 23 Fragen ein, mit unanfechtbaren Tatsachen und Zahlen, mit eindrucksvoller Gegenüberstellung westdeutscher Freizügigkeit und sowjetdeutscher Engherzigkeit gegenüber den menschlichen Verbindungen über die Zonengrenze hinweg.

### Ohne Anerkennung Pankows

Während die SPD geneigt schien, den Kreis der sowjetzonalen Gesprächspartner — selbstverständlich ohne formale Anerkennung der Republik von Pankow — sehr weit nach oben zu ziehen, äußerten andere Sprecher hierzu ihre Bedenken. Der Weg zur Wiedervereinigung, so wurde gesagt, führe nicht über Pankow, und es sei deshalb notwendig, allen Versuchen zu widerstehen, die gegenwärtig amtierenden Machthaber der Zone anzuerkennen. Ob es von den Machthabern

der Zone klug war, der Debatte des Bundestages mit einer propagandistisch gedachten Tagung der sogenannten Volkskammer vorauszuweichen, das werden sie wahrscheinlich selbst bezweifeln. Nun kann nämlich jeder prüfen und vergleichen. Wir sind überzeugt, daß die Bevölkerung der Zone, die im Rundfunk die Debatten des Bundestages verfolgen konnte, auch genau vergleichen und prüfen wird. Dann ergibt sich die unzweifelhafte Erkenntnis, daß die Bundesrepublik, die heute schon den freiesten Verkehr über die Zonengrenze zuläßt, zu allem bereit ist, was die innerdeutschen Beziehungen von Mensch zu Mensch weiter verdichten und festigen kann. Die Bundesrepublik macht dabei keine Vorbehalte. Ihre Bereitschaft beruht auf einer ruhigen Sicherheit, die auch das Risiko nicht scheut, das die ungekürzte Freiheit nun einmal mit sich bringt. Umgekehrt suchen die Machthaber der Zone sich gerade gegen dieses offenbar als sehr gefährlich betrachtete Risiko abzuschirmen, indem sie den freien Verkehr nicht nur der Menschen, sondern auch der



Jakob Kaiser trug die Regierungserklärung vor

Gedanken und Schriften möglichst zu beschränken suchen.

Gerade das werden sie ändern müssen, wenn sie Wert darauf legen, uns eine neue, entspannende Politik als Wahrheit und Wirklichkeit glaubhaft zu machen. Sie wissen heute jedenfalls aus den Erklärungen der Bundesregierung und der deutschen Parteien, was alles auf dem Gebiete der innerdeutschen Beziehungen möglich ist, wenn sie selbst guten Willens sind.

Wir haben diese Ausgabe des „Wochentag“ fast ganz auf die Bundestagsdebatte abgestellt, um unsere Leser in der Zone über den wahren Verlauf des großen Bonner Ereignisses erschöpfend zu unterrichten.

# Die 23 Fragen des Bundestages

Die Fraktionen des Bundestages haben gemeinsam und übereinstimmend eine Große Anfrage an die Bundesregierung gerichtet, die sich mit der Entwicklung in der Sowjetzone, mit der Lage in Berlin und mit den Möglichkeiten einer engeren Verbindung zwischen den beiden Teilen Deutschlands befaßt. Zu diesen Themen wurden insgesamt 23 Fragen gestellt, die Bundesminister Kaiser in einer Regierungserklärung beantwortete. Angesichts der Bedeutung dieses Vorganges geben wir anschließend die Große Anfrage in vollem Wortlaut wieder. Es ist notwendig, daß jeder sie kennt. Denn es geht hier nicht um eine parlamentarische Angelegenheit, sondern um die Lebensfrage Deutschlands, die deshalb — auch in öffentlichen Diskussionen und privaten Gesprächen — die Sache aller Deutschen sein muß.

## I

Auf der 3. Parteikonferenz der SED in Ostberlin im März dieses Jahres und bei späteren Gelegenheiten haben Spitzenfunktionäre der sowjetzonalen Verwaltung Rechtsverletzungen zugegeben und auf bestimmten Gebieten eine Überprüfung der bisherigen polizeistaatlichen Maßnahmen in Aussicht gestellt. Aus der Sorge um die betroffenen Menschen, die den Bundestag in allen seinen Bemühungen um eine Erleichterung der Verhältnisse in der sowjetisch besetzten Zone geleitet hat, fragen wir die Bundesregierung:

1. Sind der Bundesregierung Tatsachen bekanntgeworden, die auf eine Hinwendung zu allgemeinen rechtsstaatlichen Prinzipien in der Sowjetzone schließen lassen könnten?
2. Wieviel politische Gefangene sind nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten Monaten freigelassen worden?
3. Wie groß ist die Zahl der aus politischen Gründen in der Sowjetzone noch immer Verurteilten bzw. Verhafteten? In welchen Gefängnissen und Zuchthäusern befinden sie sich?
4. Unter welchen Bedingungen leben diese Gefangenen? Seit wann dürfen ihnen keine Pakete mehr geschickt werden?
5. Auf Grund welcher Bestimmungen sind diese Gefangenen verurteilt worden?
6. Wie groß ist jetzt noch die Zahl der Gefangenen, die der Sowjetzonenverwaltung durch die sowjetischen Besatzungsbehörden zur Verurteilung bzw. zum Strafvollzug der durch Militärtribunale verhängten Strafen übergeben werden?

7. Befinden sich noch Verurteilte des 17. Juni 1953 in den Strafanstalten der sowjetisch besetzten Zone?
8. Liegen der Bundesregierung Unterlagen dafür vor, daß die angekündigten neuen Methoden auf dem Gebiete des Arbeitsrechts zu tatsächlichen Veränderungen geführt haben?
9. Trifft es zu, daß seit Anfang dieses Jahres durch die Bildung von „Produktionsgenossenschaften“ der Druck auf das Handwerk verschärft worden ist?
10. Wieviel Prozesse wegen sogenannter Abwerbung haben in den letzten Monaten in der Sowjetzone stattgefunden? Dauern solche Verfahren noch an?

## II

Spitzenfunktionäre der Sowjetzone und der sowjetzonalen Blockparteien haben in der letzten Zeit durch Erklärungen verschiedener Art den Anschein zu erwecken versucht, als ob ihnen an Erleichterungen im Verkehr der Menschen zwischen beiden Teilen Deutschlands und an einer Förderung der innerdeutschen wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen gelegen sei. Unter Hinweis auf die wiederholten Bemühungen des Bundestages, insbesondere auch auf den Beschluß des Bundestages vom 26. Mai 1955 — Drucksachen 1325, 310 —, fragen wir die Bundesregierung:

11. Was ist in den letzten Monaten
  - a) seitens der Bundesrepublik,
  - b) seitens der Verwaltung der Sowjetzone
 geschehen, um den Verkehr der Menschen zwischen den beiden Teilen Deutschlands zu erleichtern?
12. Trifft es zu, daß die Behörden der sowjetisch besetzten Zone die Genehmi-

# über Berlin und die Sowjetzone

- gung zu Besuchen von Verwandten in der Bundesrepublik weiter eingeschränkt haben?
13. Welche weiteren Schritte empfiehlt die Bundesregierung, um die innerdeutschen Beziehungen zu fördern?
14. Welche Schritte könnten insbesondere erfolgen, um den geistigen und kulturellen Zusammenhalt zwischen den beiden Teilen Deutschlands zu pflegen?
15. Welche Vereinbarungen der vier Kontrollmächte, die nach allen bekannten Verträgen die Verantwortung für ganz Deutschland behalten haben, untereinander oder mit deren Einverständnis zwischen deutschen Verwaltungsstellen wären geeignet, die innerdeutschen Verbindungen und damit die Wiedervereinigung Deutschlands zu erleichtern?

## III

Spitzenfunktionäre der Sowjetzone haben in der letzten Zeit Erklärungen abgegeben, die darauf schließen lassen könnten, daß sie eine „Normalisierung“ der Lage in Berlin erstrebten. Aus der Verantwortung für die deutsche Hauptstadt Berlin, zu der sich der Bundestag wiederholt bekannt hat, fragen wir die Bundesregierung:

16. Wie beurteilt die Bundesregierung die erwähnten Erklärungen, und welche Möglichkeiten sieht sie für eine Erleichterung des Verkehrs von und nach Berlin?
17. Welche technischen Kontakte zwischen den beiden Teilen Berlins bestehen noch und welche — z. B. Straßenbahn, Telefon — könnten nach Kenntnis der Bundesregierung unverzüglich wiederhergestellt werden, wenn es die östliche Verwaltung zuließe?
18. Wie beurteilt die Bundesregierung die serienmäßige Verhängung von Geldstrafen gegen Bewohner des Ostsektors, die in Westberlin arbeiten oder deren Kinder Westberliner Schulen besuchen?
19. Sind noch in der letzten Zeit Fälle vorgekommen, in denen sich Angehörige Ostberliner Betriebe oder Verwaltungen schriftlich verpflichten mußten, Westberliner Boden nicht zu betreten?

20. Wieviel Fälle von Menschenraub aus Westberlin sind nach Kenntnis der Bundesregierung in der letzten Zeit vorgekommen?
21. Wie hoch ist die Zahl der Westberliner Siedler und Kleingärtner, denen seit Verhängung der Sperremaßnahmen im Jahre 1952 die Nutzung ihrer Grundstücke in den Randgebieten der Sowjetzone verwehrt wird?
22. Werden die Westberliner noch immer daran gehindert, die in den Randgebieten der Stadt gelegenen Friedhöfe zu besuchen?
23. Wie beurteilt die Bundesregierung das Mißverhältnis zwischen den Rechten und Pflichten, die die vier Mächte für Berlin übernommen haben, und der Tatsache, daß im Ostsektor bewaffnete „Kampfgruppen“ und Formationen der sowjetzonalen Streitkräfte aufmarschieren?

Bonn, den 5. Mai 1956

- gez. Dr. Krone und Fraktion  
 „ Ollenhauer und Fraktion  
 „ Dr. Dehler und Fraktion  
 „ Dr. Feller und Fraktion  
 „ Dr. Schneider (Bremerhaven) und Fraktion  
 „ Dr. Schneider und Fraktion

## Lieber Leser!

Wir wollen gern wissen, wie die Verteilung unserer Wochenausgabe in der sowjetischen Besatzungszone funktioniert. Die Namen unserer Leser interessieren uns dabei nicht, sondern nur die Orte. Deshalb bitten wir Sie, eine Ansichts- oder Postkarte mit falschem Absender an folgende Adresse zu schicken:

Herrn E. Regni

Berlin-Tempelhof 1

Manfred-v.-Richthofen-Str. 2, II

Falls Sie den kleinen TAG mit der Post erhalten, entfernen Sie bitte Ihre Anschrift, nicht aber die Marke von dem Briefumschlag und schicken Sie ihn in einem anderen Briefumschlag an die obige Anschrift.

Wir danken Ihnen für Ihre Hilfe.

# Der Verlauf der Debatte

## Bonn analysiert das Schicksal der Sowjetzonen-Bevölkerung

Die große Debatte über die Sowjetzone am Mittwoch im Bundestag begann vor vollbesetztem Haus mit der Begründung der von allen Fraktionen eingebrachten Großen Anfrage (siehe Seite 2 und 3) durch den Abgeordneten und Präsidenten des Berliner Abgeordnetenhauses, Willy Brandt. Er wies darauf hin, daß sich der erste Teil der Anfrage auf eine Konferenz der SED bezieht, in der kürzlich Rechtsverletzungen in der Sowjetzone zugegeben wurden und eine Überprüfung der politischen Maßnahmen in Aussicht gestellt worden sei.

Für die Menschen in der Zone habe sich die Lage bisher so gut wie gar nicht geändert. Die in letzter Zeit erfolgten Entlassungen von Gefangenen beschränkten sich anscheinend auf 700 Fälle, die auf sowjetisches Eingreifen zurückzuführen sind. In der Sowjetzone bestehe nicht nur ein peinliches Mißverhältnis zwischen Worten und Taten, die Zone hinke vielmehr gegenüber der Sowjetunion und anderen Oststaaten nach.

Brandt erinnerte daran, daß in der Sitzung der Zonen-Volkskammer vom Vortage das Wort von den „ernsthaften Bemühungen“ gefallen sei. „Wir wollen klarmachen, daß wir von dem festen Willen geleitet sind, eines Tages wieder sinnvoll zusammenzufügen, was sinnlos auseinandergerissen wurde.“

Der Abgeordnete bezeichnete es als empörend, daß Deutsche bis in diese Tage zu Zuchthaus verurteilt wurden, nur weil sie die Absicht hatten, ihren Arbeitsplatz von einem in den

anderen Teil Deutschlands zu verlegen. Was sich in der Sowjetzone unter der neuen Parole der vollen Ausnutzung des Arbeitstages an Antreiberei abspiele, sei ein Skandal. Viele junge Menschen seien in Gefängnissen und Zuchthäusern, weil sie Ulbricht um einiges voraus waren im Durchschauen Stalins. Von allen großen Ziffern abgesehen, sollten alle Beteiligten wissen, daß es „dem Deutschen Bundestag um jeden einzelnen Menschen geht und wir uns vor jedem Einzelakt willkürlicher Verhaftung getroffen und herausgefordert fühlen.“

„Es schadet nichts, wenn auch das Ausland zur Kenntnis nimmt, wie wenig wir uns mit dem Zustand einer willkürlichen Spaltung abfinden.“ Es komme darauf an, „jedermann vor dem tragischen Irrtum zu bewahren, als ob wir uns abgefunden hätten“. Brandt appellierte abschließend an Regierung und Parlament, alles zu tun, um den Weg zu Gesamtdeutschland zu bereiten.

Der Minister teilte mit, daß seit dem 8. Mai 1945 insgesamt über 70 000 Personen, darunter über 1000 Jugendliche unter 18 Jahren, in sowjetzonalen Lagern und Haftanstalten gestorben seien. Weiter würden 23 500 Personen vermißt, etwa 24 000 seien verschollen. Anfang Mai dieses Jahres wurden noch rund 18 900 politische Häftlinge in den zahlreichen Strafvollzugsanstalten gefangengehalten. Hiervon seien rund 1200 Personen von sowjetischen Militärtribunalen verurteilt worden. Von den nach dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953 zu Freiheitsstrafen Verurteilten befänden sich noch etwa 600 in Haft.

### Keine Parallele

Kaiser fuhr fort: „Noch immer schmachten Tausende in den Zuchthäusern und Gefängnissen. In dieser Zeit, in der sich die Völker bemühen, zu einer allgemeinen Entspannung zu kommen, in dieser Zeit, in der auch im Ostblock viele Tausende von politischen Gefangenen entlassen werden, können die Tore der Zuchthäuser in Mitteldeutschland unmöglich geschlossen bleiben. Das ist die Überzeugung der gesamten deutschen Öffentlichkeit, die in diesen Wochen mit wachsendem Nachdruck immer wieder zum Ausdruck kam. Unter diesem Druck hat das Regime der Zone versucht, eine Parallele zu ziehen zwischen der politischen und parteiischen Justiz auf der einen und der Justiz eines Rechtsstaates auf der andern Seite. Eine solche Parallele gibt es nicht.“

Die Bundesregierung wird mit Aufmerksamkeit die weitere Entwicklung in der Zone verfolgen. Sie wird von sich aus alles tun, um die Freizügigkeit in ganz Deutschland zu fördern und die geistige und kulturelle Einheit Deutschlands zu stärken und zu vertiefen. Dabei ist sich die Bundesregierung im klaren darüber, daß alle Bemühungen, vor allem Vorbereitungen bleiben für den Tag, an dem sich frei gewählte Repräsentanten aus beiden Tei-

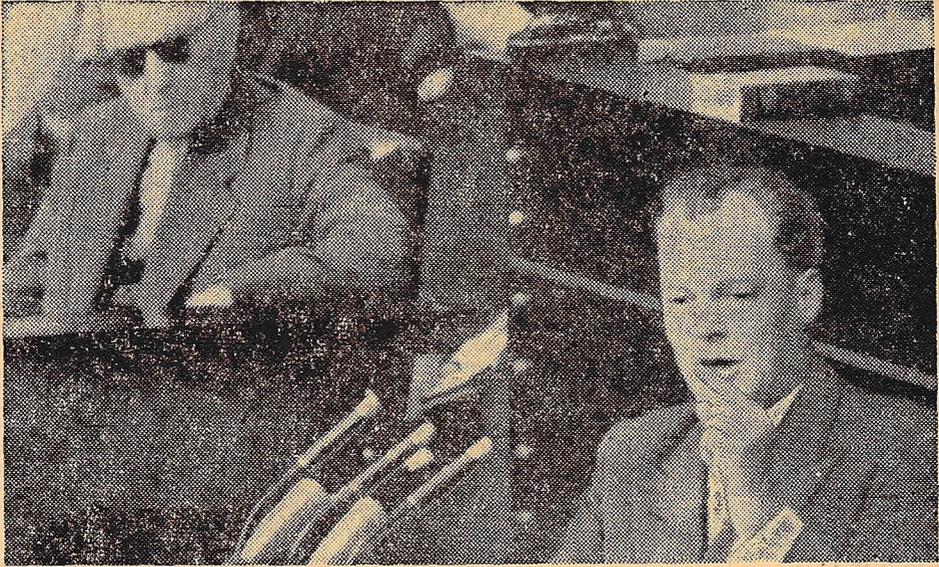
### Jakob Kaiser:

## Noch 18000 politische Häftlinge

Nach dem Bundestagsabgeordneten Brandt gab der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, eine Beantwortung der Großen Anfrage. Er führte aus, die Bundesregierung verfolge mit Sorgfalt die Entwicklung in der Zone und suche ständig nach Möglichkeiten enger Verbindung zwischen der Bevölkerung der beiden Teile Deutschlands. Die Bundesregierung sei nach sorgfältiger Prüfung der Vorgänge in der letzten Zeit in der sowjetischen Zone zu der Über-

zeugung gekommen, daß sich bis heute nichts geändert habe.

„Im sowjetischen Einflußbereich, in der Behandlung unserer 18 Millionen Menschen ist der Uhrzeiger kaum merklich über Stalin hinausgerückt. In der Zone sind immer noch die gleichen Männer und die gleichen Methoden.“ Der sowjetzonale Justizminister Hilde Benjamin habe vor kurzem noch die parteiische Justiz gefordert. „Das ist mit den primitivsten Erfordernissen eines Rechtsstaates unvereinbar“, sagte Kaiser



Der Abgeordnete Willy Brandt (Berlin) begründete die Große Anfrage der Fraktionen, Links mit Sonnenbrille: Bundeskanzler Adenauer.

len Deutschlands zusammenfinden, um gemeinsam das Werk der Einigung zu vollziehen.“

Zuvor hatte Kaiser eine Schilderung des katastrophalen Gesundheitszustandes der Häftlinge in den Strafanstalten gegeben. Pakete mit konzentrierten Lebensmitteln, die zur Erhaltung der Gesundheit das Rückgrat bildeten, dürfen seit November 1955 politischen Häftlingen nicht mehr ausgehändigt werden. Die Krankenversorgung werde fast ausschließlich durch Ärzte wahrgenommen, die selbst inhaftiert seien.

Der überwiegende Teil der politischen Gefangenen sei wegen „Boykotthetze“, „Kriegshetze“, „Agententätigkeit“, „Spionage“ oder „antisowjetischer Propaganda“ verurteilt worden. In der Zeit von Juli 1955 bis Ende April 1956 seien 55 Sowjetzonen-Bewohner in 40 Strafverfahren wegen sogenannter Abwerbung zu insgesamt 265 Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

Auch im internationalen Reiseverkehr sei von seiten der Sowjetzonen-Behörden kaum eine Erleichterung gewährt worden. Während die Bundesregierung alles tue, um den Reiseverkehr

zu fördern und z. B. einem großen Teil der Sowjetzonenbesucher auf Kosten des Bundes freie Rückfahrt gewähre, ließen übereinstimmende Berichte aus verschiedenen Bezirken der Zone erkennen, daß die behördlichen Anweisungen für die Erteilung der Erlaubnis zur Ausreise in das Bundesgebiet sowohl schriftlich wie auch in Dienstbesprechungen erheblich eingengt worden seien.

Die Bundesregierung sei mit allen Kräften bemüht, die Beziehungen zur sowjetzonalen Bevölkerung auf allen nur möglichen Gebieten zu stärken. Sie sei ferner an den Besprechungen mit Sachverständigen der Zone auf technischem Gebiet interessiert und werde sich dafür einsetzen, daß sie weitergeführt und intensiviert würden, soweit sie im Interesse der deutschen Bevölkerung diesseits und jenseits der Zonengrenze lägen. „Die Bundesregierung muß aber nach wie vor Kontakte auf Regierungsebene ablehnen, weil sie in dem Regime der Sowjetzone keinen legitimen Vertreter der dortigen Bevölkerung erblicken kann.“

Kaiser forderte die Abschaf-

fung aller Sonderausweise der Sowjetzonenverwaltung im Personenverkehr, Wiedereröffnung der seit 1945 gesperrten Grenzübergänge, Erleichterung des Zonen-Grenzverkehrs durch Aufhebung des Zehn-Meter-Kontrollstreifens, des 500-Meter-Schutzstreifens und der Fünfkilometer-Sperrzone. Weiter schlug der Minister vor, die Kontrollen der sowjetzonalen Grenzorgane zu erleichtern und zu beschleunigen, den Interzonenhandel zu erweitern, auf den Hauptstrecken die zweiten Gleise wieder einzubauen und den Straßenaufbau gemeinsam zu planen, um ein einheitliches deutsches Verkehrsnetz zu erzielen. Viele dieser Vorschläge könnten durch einen einseitigen Verwaltungsakt auf sowjetzonaler Seite verwirklicht werden.

Der Minister erinnerte daran, daß sich die vier Großmächte nach der Berliner Blockade verpflichtet hätten, einen normalen innerdeutschen Güter- und Personenverkehr zu gewährleisten. Die Verpflichtungen Sowjetrußlands seien dadurch nicht berührt worden, daß die sogenannte DDR mit der Kontrolle der Verbindungswege zwischen der Bundesrepublik und Berlin beauftragt wurde.

**Vorschläge für Berlin**

Über die Reisemöglichkeiten mit Berlin sagte Kaiser, daß die Bundesregierung in den Erklärungen sowjetzonaler Spitzenfunktionäre keine Anzeichen wirklicher Entspannung in Berlin zu sehen vermöge, da bisher keine praktischen Maßnahmen getroffen wurden. Die Bundesregierung halte es für möglich, daß Ostberliner und sowjetzonale Verwaltungsanordnungen erheblich zur Erleichterung des Verkehrs beitragen könnten. Er empfahl, den Passierscheinzwang für Westberliner aufzuheben und die Kontrollen ausschließlich auf den Waren- und Zahlungsverkehr zu beschränken. Zu technischen Kontakten zwischen West- und Ostberlin sagte der Minister, daß außerdem durchgehenden U-Bahn-Verkehr geringfügige technische Kontakte bei den Entwässerungsanlagen und der Wasserversorgung, beim Post- und Paketaustausch, im Telegrammverkehr sowie in einem beschränkten Amtshilfeverkehr auf polizeilichem Gebiet bestünden. Bei gutem Willen der Ostberliner Stadtverwaltung könnten diese Kontakte wesentlich erweitert werden. Er setzte sich hierbei für einen einheitlichen Fernsprechverkehr, durchgehenden Straßen- und Omnibusverkehr, für einen ungehinderten Verkehr auf den Berliner Wasserstraßen und die freie Wahl des Arbeitsplatzes für Ostberliner ein. Ferner empfahl er den gemeinsamen Einsatz der Feuerwehren und eine engere Zusammenarbeit von Gesundheits- und Veterinärverwaltungen.

Für die Zeit vom 1. Januar bis 8. Mai habe der Polizeipräsident in Berlin drei gewaltsame Entführungen und vier Fälle versuchten Menschenraubs festgestellt. Die Zahl der in Westberlin wohnenden Siedler und Kleingärtner, denen die Nutzung ihrer Grundstücke am Stadtrand verboten wurde, betrage rund 40 000. Der Besuch der Friedhöfe in den Randgebieten sei nur mit Passierschein möglich.

„Die Bundesregierung kann nur hoffen, daß die Regierung der Sowjetunion als die verantwortliche Instanz das ihre dazu beitragen wird, den Frie-

den in Berlin zu sichern“, sagte Kaiser.

**Mommer (SPD):**

**„Heißes Eisen“**

Nach den Ausführungen Kaisers begründete der SPD-Abgeordnete Karl Mommer einen Antrag der SPD, der u. a. eine Verstärkung der Kontakte über die Zonengrenzen hinweg fordert, um dadurch die Wiedervereinigung zu erleichtern. Mommer bezeichnete den Antrag als „heißes Eisen“. Der SPD-Antrag sieht ferner einen freien Austausch aller Druckschriften über die Zonengrenze vor, wenn nötig, auch einseitig. Den Aufbau der Treuhandstelle für den Interzonenhandel und die Errichtung neuer Treuhandstellen zur Normalisierung des Personen- und Güterverkehrs bezeichnet Mommer als ein anderes wichtiges Anliegen.

Der „heikelste Punkt“ des SPD-Antrages sei die Forderung, „unbeschadet der vorbehaltenen Rechte und Verpflichtungen der vier Mächte gegenüber Deutschland als Ganzem mit in der Sowjetzone bestehenden Behörden alle nötigen Besprechungen zu führen“. Die Bundesregierung habe mit dem ehemaligen saarländischen Ministerpräsidenten Hoffmann verhandelt, ohne seine Regierung anzuerkennen. Die Bundesregierung dürfe „keine Angst vor Teufeln haben, selbst wenn sie rot sind“.

**Brookmann (CDU):**

**„Erschütternde Bilanz“**

In der Debatte bezeichnete Walter Brookmann (CDU/CSU) den Bericht der Bundesregierung als eine „grausame und uns alle zutiefst erschütternde Bilanz“. Alle Deutschen in der Bundesrepublik seien aufgerufen, sich mit ihren Landsleuten in der Zone solidarisch zu fühlen. Das Wort des Apostels Paulus „einer trage des anderen Last“ sei der tiefere Sinn der heutigen Debatte.

Der Bundestag sei nicht gewillt, zu resignieren. Den befreundeten Westmächten müsse bewiesen werden, daß wir selbst bereit sind, auf innenpolitischem Gebiete alle nur möglichen Maßnahmen im Interesse der mittel-

deutschen Bevölkerung zu ergreifen. Obwohl der SED-Parteikongreß „bis zu einem gewissen Grade“ eine Sensation war, da Grotewohl Willkürakte des Systems zugab, handele es sich doch offenbar nur um Lippenbekenntnisse.

Zu dem von der SPD eingebrachten Antrag erklärte der Sprecher der CDU/CSU mit Nachdruck, daß der Weg zur Wiedervereinigung nicht über Pankow führe, obwohl die sowjetische Politik ständig versuche, uns das einzureden. Aus diesem Grunde habe seine Fraktion gegen einige Punkte des Antrags schwere Bedenken. Trotzdem sei sie mit der Überweisung des Antrages an die zuständigen Ausschüsse einverstanden. Die CDU/CSU sei fest entschlossen, alle Maßnahmen zur Festigung des Zusammenhaltes zwischen den beiden Bevölkerungsteilen zu unterstützen. Sie sei jedoch genauso fest entschlossen, allen Versuchen zu widerstehen, die gegenwärtig amtierenden Machthaber in Pankow anzuerkennen.

**Wegner (SPD):**

**Strich unter Vergangenheit**

Herbert Wegner (SPD) erklärte als nächster Redner, auf beiden Seiten der Zonengrenze sollten die Opfer des kalten Krieges begnadigt werden. Es sei an der Zeit, einen Strich unter das Vergangene zu ziehen. Der erste Sekretär der KPdSU Chruschtschow habe selbst zugegeben, daß Maßnahmen ergriffen werden müßten, um der Gerechtigkeit wieder Geltung zu verschaffen. Aber noch kein leitender Funktionär der SED habe bisher ein ähnliches Wort gefunden.

Wegner sagte weiter, man müsse auch in der Bundesrepublik aufhören, durch aufreizende Erklärungen neue Reaktionen herauszufordern, die sich nachteilig auf jene auswirken können, die in der Gewalt der Sowjetzonen-Machthaber sind. Mit deutlicher Anspielung auf eine Äußerung des Bundeskanzlers vor dem Bundesverband der Industrie sagte Wegner: „Wer von Todfeinden spricht, verbessert die Lage nicht.“

Der Abgeordnete kritisierte, daß Besuchern aus der Zone,

die den von den Zonenbehörden gesetzten Rückreisetermin überschreiten, kein Geld für die Rückfahrkarte gezahlt werde. Zu technischen Abkommen zwischen den beiden Teilen Deutschlands sagte er, man müsse sich von der Vorstellung frei machen, daß die andere Seite solche Abkommen nur dann schließe, wenn sie daraus Vorteile habe.

Hinsichtlich der Frage der demokratischen Legitimation von Vertretern der anderen Seite sagte Wehner, die Bundesregierung unterhalte auch Beziehungen zu Staaten, deren Vertreter keine in unserem Sinne ausreichende demokratische Legitimation besäßen. Es bestehe natürlich ein Unterschied zwischen den Beziehungen zu fremden Staaten und zwischen denen in der anderen Hälfte Deutschlands. Dann aber dürfe der Unterschied auch nicht gegenüber den Ostblockstaaten in Erscheinung treten.

## Lemmer (CDU):

### Kein Handelsobjekt

Ernst Lemmer (CDU/CSU) sagte, die Antwort der Bundesregierung und die Debatte hätten gezeigt, daß in allen wesentlichen Fragen Übereinstimmung besteht. Die Bereitschaft der Bundesregierung, sich für die Lage der mitteldeutschen Bevölkerung verantwortlich zu fühlen, sei keine illusionäre Politik. Wenn auch die andere Seite guten Willens sein sollte, dann werde sie aus der sorgfältig gewählten Antwort der Bundesrepublik herauslesen können, daß sie im Interesse der leidenden Bevölkerung in der Sowjetzone keine Opfer scheue.

Lemmer warnte vor der Ansicht, daß eine Normalisierung des äußeren Lebens einer Lösung der deutschen Frage gleichkomme. Im 12. Nachkriegsjahr sei es höchste Zeit, zwischen Görlitz und Aachen, Konstanz und Rostock endlich jene Verkehrsmöglichkeiten zu schaffen, wie sie in jedem zivilisierten Lande selbstverständlich sind. Zur Frage der politischen Häftlinge stellte Lemmer fest, daß in westdeutschen Gefängnissen gerade so viele „Gesinnungstäter“ inhaftiert seien, daß eine dreistellige Zahl eben überschritten werde. (Zwischenruf

Bundesministers Schröder: „Weniger“). Deswegen sei die Forderung um so berechtigter, in dieser Frage großzügiger zu sein.

Lemmer kritisierte die Bemerkung Grotewohls, daß politische Gefangene für die Zone kein Handelsobjekt seien. „Wir können Herrn Grotewohl versichern, daß hier niemand von uns an ein Handelsgeschäft gedacht hat.“

## Will (FDP):

### Verstärkter Flugverkehr

Für die Freien Demokraten sagte Dr. Rudolf Will, die Westdeutschen sollten eine Hand des guten Willens austrecken in der Hoffnung, daß sie ergriffen werde, damit den 18 Millionen Brüdern und Schwestern in der Sowjetzone das Leben erleichtert wird. Nach seinem Eindruck seien beide Seiten bereit, die Methoden des kalten Krieges aufzugeben, um zunächst ein friedliches Nebeneinander zu schaffen.

Will sagte weiter, Bundesregierung und Berliner Senat sollten nicht erlahmen, auch im Flugverkehr zwischen Berlin und dem Bundesgebiet mehr zu erreichen. Die jetzigen Flugverbindungen langten bei weitem nicht.

## Seiboth (BHE):

### Zu guten Taten provozieren

Frank Seiboth (Gesamtdeutscher Block/BHE) forderte die Bundesregierung auf, ernst und mit dem Willen zur Großzügigkeit die Frage zu prüfen, ob nicht eine Amnestie für alle politischen Straftaten in der Bundesrepublik verfügt werden könne, um damit die Behörden der Sowjetzone „zu guten Taten zu provozieren“. In der Frage der Beziehungen zu den Deutschen in der Sowjetzone könnten auch auf westlicher Seite „Rollkommandos des guten Willens“ eingesetzt werden. Zum Beispiel sei es nicht nötig, daß östliche Propagandaschriften erst von der Staatsanwaltschaft geprüft werden, bevor sie den Bundestagsabgeordneten zugeestellt werden. Die Bevölkerung sei reif genug, um selbst zwischen Literatur und Makulatur zu unterscheiden.

## **SSD, herhören!**

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtthofen-Str. 2.  
Druck: W. Buxenstein, GmbH.

## Margot Kalinke (DP):

### Pflicht zum Opfer

Für die DP erklärte die Abgeordnete Margot Kalinke, der Westen dürfe aus dem Sattsein seiner wirtschaftlich gesunden Ordnung nicht den Mut und die Pflicht zum Opfer verlieren. Es sei der Zeitpunkt gekommen, alle außen- und innenpolitischen Möglichkeiten neu zu überdenken, um die Freiheit aller Deutschen zu erreichen.

## Henn (Dem. Arbeitsg.):

### Kolchosierung geht weiter

Als Sprecher der Demokratischen Arbeitsgemeinschaft erklärte der Abgeordnete Dr. Henn, daß noch keine Beweise für einen Gesinnungswechsel der Machthaber der Zone vorliegen. An die Stelle plumper Methoden der Enteignung seien raffinierte Methoden der Existenzvernichtung getreten. Henn wies auf verschiedene Anweisungen auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik hin, aus denen u. a. die Fortsetzung der Kolchosierung hervorgehe. In der Form von Staatsbeteiligungen versuche man, die restlichen Privatbetriebe unter Einfluß zu bekommen.

So sind sie wirklich:

## Mode-Diktatorin in Spitzen und Rüschen

### ELLI SCHMIDT

Seit die SED die Schaffung seines „Modezentrum Berlin“ auf die Tagesordnung setzte, geht man in der Zone der bisher sorgsam gehüteten Provinzmode zuleibe. Und es mehren sich die Stimmen, die eine Abberufung jener Frau fordern, die für alle diese Geschmacklosigkeiten in Stoff und Kunstleder verantwortlich sein soll: Elli Schmidt, Modediktatorin in Spitzen und Rüschen...

Elli Schmidt ist heute Leiterin des „Instituts für Bekleidungskultur“ in der Ostberliner Brunnenstraße, wo sie mit einer Handvoll Funktionärs- und Ministerfrauen den äußeren Habitus des Normalbürgers auf die Kulturbedürfnisse Moskauer Bestarbeiterinnen zuzuschneiden versucht. Sie ist der Typ jener Funktionärsfrau, die — wie es Stalin einmal selbst formulierte — „sogar das Kaffeewasser anbrennen lassen, weil bei Marx nichts übers Kaffeekochen steht“.

„Hier spricht Irene Gärtner...“

Elli Schmidt ist am 9. 8. 1908 in Berlin als Tochter eines Handwerkers geboren. Als 19-jährige Näherin trat sie der KPD bei, um hauptamtliche Funktionärin zu werden. Im KPD-Frauensekretariat Berlin-Brandenburg erwarb sie sich dadurch einen Namen, daß sie inaktive Kommunistinnen in „Nähzirkeln“ organisierte. Diese „Kapitulantenmethode“ wurde 1933 von der Zentrale scharf verurteilt. Die Illegalität entthob Elli Schmidt einer peinlicheren Auseinandersetzung über diesen Punkt. Bis 1937 gelang es ihr unterzutauken, dann floh sie über Prag und Paris nach Moskau. Sie ist eine der wenigen kommunistischen Frankreich-Emigranten, die nach dem Hitler-Stalin-Pakt Moskau die Treue hielten.

Im Kriege sprach sie als „Irene Gärtner“ über den Moskauer Rundfunk ihre Sendung „An die deutsche Frau“. Ihre lebensstrenge Thesen fanden damals keine Resonanz. Mit ihrem damaligen Mann, dem viel umstrittenen Anton Ackermann, kam sie als eine der



ersten KP-Frauen nach Berlin zurück. Hier diente sie sich von der Leiterin des Ostberliner KPD-Frauenreferates bis zur Vorsitzenden des „Demokratischen Frauenbundes“ und zur Kandidatin des SED-Politbüros empor.

#### Skandal und Degradierung

Ihre mangelnden organisatorischen Fähigkeiten, die gerade für eine untere Funktion ausreichen mochten, brachten es mit sich, daß der DFD unter ihrer Leitung rund 80 000 Mitglieder verlor. Eine Scheidungsaffäre — der damalige Staatssekretär Ackermann ließ sie zugunsten des gemeinsamen Kindermädchens im Stich — grenzte hart an einen innerparteilichen Skandal. Gerade kurz zuvor hatte sie öffentlich gegen die Scheidung aller Ehen Stellung genommen, aus denen Kinder hervorgegangen sind.

Ulbricht, dessen verstorbene Frau Lotte Kühn mit der Schmidt eng befreundet war, gab ihr noch eine Chance. Als im Dezember 1953 Versorgungsminister Hamann (LDP) sein Regierungsamt mit einer SSD-Zelle vertauschen mußte, wurde Elli Schmidt zwei Monate später Leiterin einer „Staatlichen Kommission für Handel und Versorgung“ im Range eines Staatssekretärs. Der 17. Juni

1953 beendete diese Karriere. Vor einer Hundertschaft revolvierender DFD-Funktionärinnen machte die Schmidt Zugeständnisse, die so gar nicht zu der anschließenden Niederknüpfung des Volksaufstandes paßten. Sie, die auf den „Rebellen“ Herrstadt gesetzt hatte, mußte mit ihm in die Wüste gehen. Unmittelbar nach dem Aufstand wurde sie aller Funktionen und Parteiämter enthoben. Dabei hatte sie gerade in ihrer letzten Funktion die einzige wertvolle Aufgabe ihres Funktionärsdaseins gelöst: Sie unterbreitete dem SED-Zentralkomitee einen Plan, wie man durch eine bestimmte Art der Warenstreuung, durch neue Preiskalkulation und durch die Abstoßung von Überplanbeständen gleichzeitig eine Preissenkung herbeiführen und unrentable Produktionszweige rentabel machen kann. Ein Plan, der ausgerechnet der am letzten Sonntag verkündeten HO-Preissenkung als Muster diene.

#### Elli Schmidt kreierte Moskauer Stil

Im Dezember 1953 wurde Elli Schmidt ins „Institut für Bekleidungskultur“ abgeschoben. Das hatte damals nur geringe Bedeutung, und man war der Meinung, die ausgesteuerte Frau Ackermann a. D. könne nun keinen Schaden mehr anrichten. Die nächsten beiden Jahre haben diesen Optimismus gründlich revidiert. In ihrer Furcht, erneut politische Schnittzer zu begehen, lenkte die Schmidt den sowjetzonalen Modèkurs auf „Moskauer Stil“ und unterdrückte beharrlich die „Nachahmer westlicher Unkultur“, die schüchtern einzuwenden wagten: „Sehen wir nicht etwas komisch aus?“

Dieser Tage erschien Elli Schmidt auf einer Ostberliner Modelkonferenz im schwarzen Rüschenkostüm mit Roséspitze, das allgemeine Heiterkeit erregte. Ob sie sich der neuen Modelinie, die man aus Rentabilitätsgründen einschlug, anpassen kann? Und wenn nicht — in welcher Funktion wird sie dann erneut die sowjetzonale Öffentlichkeit beglücken?